

Das Gefängnis, ein Boykott und die Folgen

Nationale Architektenverbände haben zum Boykott eines Planerwettbewerbs beim Neubau des Schaffhauser Polizei- und Sicherheitszentrums aufgerufen. Gestern ist die Bewerbungsfrist abgelaufen. Die Kritiker lassen nicht locker. Der Kanton rechtfertigt das Vorgehen.

Mark Liebenberg

SCHAFFHAUSEN. Gestern ist die Frist im «Projektwettbewerb für integrale Planerteams» für den Bau des Polizei- und Sicherheitszentrums (PSZ) an der Solenbergstrasse ausgelaufen. Das Schaffhauser Baudepartement gab damit Planungs- und Ingenieurbüros die Gelegenheit, sich mit vollständigen Teams für die Planung und Begleitung der Realisierung des neuen Schaffhauser Gefängnisses, eines Bürogebäudes für Polizei und Staatsanwaltschaft sowie eines Parkhauses zu bewerben. Total 18 Planungsbereiche, von der Architektur über Gebäudetechnik bis zur Büro- und Möblierungsplanung, müssen die Bewerber integral abdecken. Und darlegen, wie sie die bestehenden, letztes Jahr von der Stimmbewölkerung mit 61 Prozent angenommenen Pläne verfeinern und zur Bauprojekt-reife bringen wollen. 93 Millionen Franken kostet das neue PSZ, welches 2024 in Betrieb gehen soll.

Gegen dieses Vorgehen haben sich zwei nationale Architekturverbände gewandt (die SN berichteten). Sie fordern, dass bei einem öffentlichen Bau dieser Grössenordnung zuerst ein Architekturwettbewerb durchgeführt werden sollte – und nicht wie jetzt vorgesehen die Grobplanung lediglich noch verfeinert und dann ausgeführt. Das sei in anderen Kantonen Standard. Das Vorgehen

«Auch ein Gefängnis und Bauten für Polizei und Staatsanwaltschaft dürfen gut aussehen.»

Eva Neumann
Kantonsrätin (SP, Beringen)

des Kantons Schaffhausen sei «inakzeptabel». Der Bund Schweizer Architekten und der Schweizerische Ingenieur- und Architekten-

verein (SIA) riefen deswegen ihre Mitglieder dazu auf, den Projektwettbewerb zu boykottieren.

Ob der Boykottaufruf befolgt wurde, kann man zurzeit beim Kanton nicht sagen. «Wir prüfen die eingegangenen Bewerbungen am Montag», erklärt Kantonsbaumeister Mario Läubli. Sprich: Es sind also Bewerbungen eingegangen. Und auch dann sei eine Aussage schwierig, sagt Läubli: «Wir sehen ja nur, wer sich beworben hat und nicht, wer dem Boykottaufruf Folge geleistet hat.» Wie viele Planerteams, Stand gestern, am Wettbewerb teilnehmen wollen, wollte Läubli den SN mit Rücksicht auf das Verfahren jedoch nicht sagen.

Verschwiegene lokale Architekten

Anfragen der SN bei diversen Schaffhauser Architektur- und Ingenieurbüros mit SIA-Mitgliedschaft, ob sie das Verfahren gemieden hätten, wie es ihr Verband empfahl, blieben letzte Woche unbeantwortet. Offenbar will sich niemand exponieren. Auch der Präsident der Schaffhauser SIA-Sektion Michael Frey sagte diese Woche nur: «Ich möchte mich zu dieser Angelegenheit nicht äussern.» Er verweise auf die Stellungnahme des nationalen Verbands. Frey hatte im letzten Herbst, als erstmals Kritik von Fachleuten am Verfahren des Kantons aufbrandete, in der «Schaffhauser AZ» den von der Regierung eingeschlagenen Weg gegen die Kritik des nationalen Verbands noch verteidigt.

Auf der Seite der Verbände steht Kantonsrätin Eva Neumann (SP, Beringen). Sie hatte dazu eine Anfrage im Parlament eingereicht («Wieso kein Architekturwettbewerb beim PSZ?»). Sie sagt: «Es wäre meines Erachtens nicht zu spät, jetzt noch einen Architekturwettbewerb auszuschreiben mit einem klar vorgegebenen Kostendach und sogar mit einer fixen Honorarfestlegung.» Sie habe während ihrer Zeit im Beringer Gemeinderat mehrmals die Erfahrung gemacht, dass

93,3

Millionen Franken kostet der Neubau des Schaffhauser Polizei- und Sicherheitszentrums. In der Solenbergstrasse in Herblingen werden die Schaffhauser Polizei, die Staatsanwaltschaft und das Kantonale Gefängnis unter einem Dach zusammengeführt.

Bauvorhaben besser herauskommen, wenn in einem Wettbewerb verschiedene Herangehensweisen an eine Idee vorgelegt werden und man davon die beste auswählen könne. «Auch ein Gefängnis und Bauten für die Polizei und Staatsanwaltschaft dürfen gut aussehen», sagt Neumann. Sie erachte es nach wie vor als falsch, eine Grobplanung jetzt in ein Projekt umzuwandeln. Sie wünsche sich deshalb, dass «möglichst viele Ingenieurbüros» den Projektwettbewerb meiden und man so den Kanton zum Umdenken bewegen könnte. «Viel Hoffnung habe ich aber nicht.»

Parlament hat Verfahren gewählt

Beim Kanton stellt man sich auf den Standpunkt, ein Architekturwettbewerb sei zwar üblich, aber nicht zwingend (siehe auch SN vom 28. Mai). Alle gesetzlichen Vorgaben seien eingehalten worden, was im Übrigen auch die Verbände nicht bestreiten. Das jetzt gewählte Verfahren entspreche dem Willen der Stimmbürger und respektiere die Entscheidungen des Parlaments, die in der langen Entstehungsphase des Projekts gefällt wurden, sagt Daniel Sattler, Departementssekretär im Justizdepartement: «Das Kantonsparlament hat bewusst auf einen aufwendigen Architekturwettbewerb verzichtet und das gewählte Vorgehen gewählt.» Schon 2009 hatte das Parlament einen Kredit von 950 000 Franken für die Planung des PSZ gesprochen. 2012 entschied es dann, dass neben dem Gefängnis und Büros für die Staatsanwaltschaft zusätzlich die Polizei im neuen Gebäude Platz finden müsse – «auch um das Klosterviertel freizuspielen», sagt Sattler. Dadurch habe sich das Bauvolumen verdreifacht, bei gleichbleibenden Planungskosten. Deshalb habe man sich für eine Testplanung unter Berücksichtigung aller relevanter Aspekte entschieden, die wiederum als Grundlage für den Baukredit diente, der 2016 zuerst dem Kantonsparlament und letztes Jahr dem Volk vorgelegt

wurde. «Dank dem gewählten Verfahren konnte das Projekt zügig und effizient vorangetrieben werden und auch die budgetierten Planungskosten eingehalten werden», sagt Sattler. Und schliesslich: «Auch im Abstimmungs-magazin war klar ersichtlich, dass man

«Dank dem gewählten Verfahren konnte das Projekt zügig und effizient vorangetrieben werden.»

Daniel Sattler
Kantonales Justizdepartement

nach der Volksabstimmung nicht auf dem weissen Blatt Papier wieder bei Null beginnt und einen Ideenwettbewerb lanciert», sagt Sattler.

Das Argument der Verbände, wonach öffentliche Grossprojekte in anderen Kantonen stets von einem Architekturwettbewerb begleitet werden, kontert man beim Kanton aber auch mit Blick auf die Planungskosten bis zur Volksabstimmung. Sattler weist auf das Sicherheitszentrum in Zürich hin, das mit einem Architekturwettbewerb lanciert wurde. «Die Planungskosten betragen dort rund 60 Millionen, also etwa zehn Prozent des schliesslich vom Volk bewilligten Kredits von 560 Millionen Franken.» In Schaffhausen dagegen hat man mit den 0,9 Millionen für die Planung gerade mal ein Prozent der Gesamtkosten ausgegeben.

Die eingegangenen Bewerbungen im Projektwettbewerb werden nun durch ein Fachgremium geprüft und es wird entschieden, welche Teams zur zweiten Stufe des Verfahrens zugelassen werden. Bei dieser werden dann konkrete planerische Vorschläge und verbindliche Honorarofferten eingefordert. Der Zuschlag an die besten Teams soll im Februar 2020 erfolgen.

Wie aus Altbauten neue Baustoffe entstehen

Abfallexperte Niccolò Gaido vom Interkantonalen Labor sprach im Museum Allerheiligen über die Rohstoffkreisläufe im Kanton Schaffhausen.

Karl Hotz

SCHAFFHAUSEN. Ist von Abfalltrennung die Rede, denken die meisten an Glas, Pet oder Elektroschrott. Darüber sprach Niccolò Gaido, Fachstellenleiter Abfall und Lärm im Interkantonalen Labor, in seinem Vortrag am Donnerstag im Museum Allerheiligen zwar auch, aber im Zentrum seiner Ausführungen standen Rohstoffkreisläufe im Bausektor.

Diese Fokussierung hat einen guten Grund: Rund drei Viertel der 80 bis 90 Millionen Tonnen Abfälle, die in der Schweiz jährlich anfallen, sind Baustoffe. Statt sie einfach als Abfälle zu betrachten, lohnt es sich also, sie wieder zu verwerten. Das beginne, so Gaido, beim Rückbau, nicht zu verwechseln mit einem klassischen Abbruch. Beim Rückbau werden die verschiedenen Materialien schon auf der Baustelle getrennt. Aus Ziegeln könne dann Dachsubstrat hergestellt werden, aus Holz Sperrholz. Backsteinmauern und Betonelemente könnten gebrochen und zu neuem Beton gemischt werden. Was einfach tönt, sind meistens recht komplexe Vorgänge, die Gaido mit Materialien veranschaulichte, die er mitgebracht hatte. Leider, so Gaido, werde in Schaffhausen das so gewonnene Material von den Baufirmen noch kaum nachgefragt – zu gross sei die Skepsis, dass Beton mit beigemischtetem Material aus der Wiederaufbereitung minderwertig sei. Der

Kanton Zürich beweise das Gegenteil. Dort würden bereits ganze Wohnhäuser mit diesen Betonsorten erstellt. Und die Stadt Zürich habe beim Bau des neuen Schulhauses Binz derartige Mischungen eingesetzt. Auf eine entsprechende Frage ergänzte Gaido, ein Preisunterschied zwischen klassischem Beton mit neuen Rohstoffen und Beton, dem aufbereitetes Material beigemischt werde, bestehe kaum. Der Preisvorteil der wiederverwendeten Materialien werde zunichtegemacht durch die Kosten der Sortierung – «Arbeitszeit und Manpower sind in der Schweiz eben sehr teuer».

Möglichst wenig deponieren

Deponieren sollte man Materialien aus dem Rückbau möglichst wenig. Anhand von Bildern der Deponie Birchbühl in Siblingen zeigte Gaido, wie stark die Menge des deponierten Materials in einem einzigen Jahr zunimmt – Ton wird im Birchbühl jedenfalls deutlich weniger abgebaut. In zehn Jahren werde beim heutigen Zustand das Birchbühl deshalb voll sein – eine Ersatzgrube im Kanton Schaffhausen sei nicht in Sicht.

Kurz ging Gaido auf den Hauskehricht ein. Hier sei die Wiederverwertung dank gut entwickelter Trennung relativ hoch. Zudem werde die Trennung und Wiederaufbereitung der Materialien, die nach der Verbrennung übrig blieben, stetig verbessert. Eine Anlage bei der Keirichtverwertung Zürcher Oberland sei führend beim Ausscheiden von Metallen. Allerdings gebe es da einen Zielkonflikt: Je weniger Metall durch frühzeitiges Aussortieren in die Keirichtverbrennung gelange, desto mehr stiegen dort die Kosten bei der Rückgewinnung von Metallen.



Unterstadtfest Ideales, fast zu schönes Wetter

Kurz nach 18 Uhr war gestern auf dem Gerberplatz die offizielle Antrinkete. Andy Haus (vierter v.l.), Sekretär der IG Unterstadt, hiess im Namen des OK alle willkommen. Das Unterstadtfest umfasst die untere Vordergasse, den Gerberplatz, den Freien Platz, die Schiffplände, die Quaistrasse und, wie schon vor zwei Jahren, auch den Mosergarten, wo zur Kühlung spontan ein Pool aufgestellt wurde. Heute stept in diesem Gebiet ab 10 Uhr

morgens bis Sonntagfrüh um 3 Uhr der Bär, mit Musik in allen Gassen und einem weltumfassenden Streetfood-Fest der kulinarischen Köstlichkeiten von Brasilien über Finnland, Indien, Sizilien und Thailand – und einem Racletteestübli.

BILD US

GALERIE

Mehr Bilder zum Unterstadtfest unter www.shn.ch/click